

Erste Ausgabe täglich
früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Schwanenstraße 33.
Eröffnung der Redaction:
Dienstag 10—12 Uhr.
Mittwoch 4—6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Nummer 15,500.
Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl.
incl. Postgebühren 5 Rthl.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belagerungsplan 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postgebühren 20 Pf.
mit Postgebühren 45 Pf.
Inserate 30 Pf. pro Zeile 30 Pf.
Größere Schriften laut anderem
Preisverzeichnis. — Kabinetsdrucker
Satz nach höherem Tarif.
Korrekturen unter dem Redaktionsstempel
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung promptem Grunde
oder durch Postcheck.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nr. 326.

Donnerstag den 21. November 1878.

72. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Freitag den 22. November nur Vormittags bis 9 Uhr
geschlossen.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 7. Juli 1866 bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß der Klempner Herr **Gerhard Rudolf Balke**, Windmühlstraße 26, zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.
Leipzig, den 8. November 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig
Dr. Georgi. Hartwig.

Submission.

Für den Neubau der VII. Bezirks- und der VII. Bürgerschule im großen Johannisgarten sollen die erforderlichen wasserfesten Träger und Eisenbahnschienen zc. im Submissionsweg beschafft und mit Vorbehalt der Auswahl unter den Bietern an den Mindestforderungen vergeben werden.
Die Bedingungen und Arbeitsverzeichnisse sind im Bauubureau auf dem Schulbauplatz zu entnehmen und wird daselbst auch jede weitere gewünschte Auskunft ertheilt.
Die Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Lieferung wasserfester Träger zc. zum Neubau der VII. Bezirks- und der VII. Bürgerschule“
versehen, bis spätestens am 27. November cr. Abends 5 Uhr auf dem Rathsbauamt, Rathhaus II. Etage, persönlich einzureichen.
Leipzig, am 20. November 1878.

Die Bauabtheilung des Rathes.

Gewerblicher Unterricht.

Die preussische Thronrede enthält einen Passus über das gewerbliche Unterrichtswesen, der indirect das Eingeständnis der Regierung enthält, daß auf diesem Gebiete bisher zu wenig gethan ist. Es heißt da:
„Die gewerblichen Interessen nehmen fortgesetzt die volle Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch. Von der Förderung und Pflegehaltung des gewerblichen Unterrichts wese, wie von der Unterstützung der auf dem Gebiete der Kunstindustrie herantretenden Bestrebungen, welche die Regierung sich angelegen sein läßt, darf ein günstiger Einfluß auf die Hebung der Industrie erwartet werden.“

Es wird eine Hauptaufgabe des preussischen Landtages sein, dahin mitzuwirken, daß diese Worte zur That werden, daß endlich das Gewerbeinteresse in Preußen eine lebensvollere Förderung durch den Staat erhält. In Frankreich zeigt die Regierung in dieser Beziehung viel mehr schöpferische Initiative als die von Herrn Damberger so glänzend verteidigten „Gehilfenröhre“. Aber auch in der Bevölkerung selbst herrscht eine viel klarere Erkenntnis der Bedürfnisfrage als bei uns. Es mag darüber einiges Nähere mitgeteilt werden.

In der volkswirtschaftlichen Section der französischen Gesellschaft zur Beförderung der Wissenschaften, deren letzter Congress zu Paris im August d. J. abgehalten wurde, gelangte u. a. auch die Nothwendigkeit gewerblichen Unterrichts in der Volksschule zur Erörterung. Die Frage über die Nothwendigkeit solchen Unterrichts ist in Frankreich fast allgemein im bejahenden Sinne beantwortet worden und so besprach man auch in dieser Versammlung eigentlich nur die diesem Unterrichte zu gebende Organisation. Man unterscheidet mit Betonung zwischen den vielfach bereits bestehenden Gewerbeschulen, welche für gewisse Gegenstände, wie bestimmte Industriezweige herrschen, als Fachschulen besonders von Nutzen und Wichtigkeit sind, und zwischen Elementar- und Volksschulen, in denen gewerblicher Unterricht erteilt wird, bzw. erteilt werden soll, und man war übereinstimmend der Ansicht, daß die Einfihrung gewerblichen Unterrichts in den Lehrplan dieser Schulen denselben nur zum Vortheil gereiche, die Kinder, namentlich die von 12 bis 14 Jahren, mehr und länger an die Schule fesseln und die heranwachsende Jugend, namentlich die jungen Mädchen, vor den Gefahren der Lehrjahre zu schützen würde.

Es ist dieses wichtige Thema unlängst in einer kleinen Schrift „Enseignement primaire et Apprentissage“ von G. Salicis (Paris, 1878) aufs Eingehendste und an der Hand eines interessanten Elementarlehreplans in Paris, welches einen Theil der weitgehenden Wünsche bereits zu verwirklichen gesucht hat, besprochen worden. Wahrscheinlich wird das lesenswerthe Schriftchen auf Veranlassung der Handelskammer von Erfeld ins Deutsche übersezt werden.

Herr Salicis ist der Ansicht, daß das Kind in der Volk- oder Elementarschule nicht genügend für das praktische Leben vorgebildet wird. Religion, Lesen, Schreiben, Rechnen und etwas von der vaterländischen Geschichte und Geographie — das sei Alles nicht hinreichend. Und er hat da nicht so ganz Unrecht. Unsere gegenwärtige Volksschule bildet einseitig und theoretisch. Was das heran-

wachsende Kind vom praktischen Leben weiß, hat es zufällig und gelegentlich erfahren. Zufall und Gelegenheit entscheiden meist bei der Wahl des Berufes, sie sind es auch, welche die Lehrtätigkeit des Kindes, seine weitere Fortbildung und sein Fortkommen wesentlich beherrschen. Mit großem Zeitverlust und Mangelhaft holt der Jüngling nach, was der Knabe verstaumt; er lernt im Allgemeinen die wichtigsten Handwerker zu spät kennen und handhaben, er erfährt erst allmählig und systemlos das Nothwendigste über Maß, Gewicht und Münze, eignet sich die unentbehrlichsten wirtschaftlichen Kenntnisse nur mechanisch an und wird, leider nur zu oft von unersättlicher Seite, über seine moralischen und sozialen Pflichten nicht hinlänglich belehrt. Geht er nun aus der bisherigen Unterrichtsgegenstände noch zu lernen sein: Bedeutung, Anwendung zc. der Rohstoffe; Rechnen nach Vorlagen, Modellen und nach der Natur, später auf Stein, Marmor und Holz, Schwarz und in Farben; Modellieren; Allgemeines über die Werkzeuge und deren Anwendung auf der Werkstätte und auswärts; Buchführung, gewerbliche und Handelsgeographie, Elemente der Volkswirtschaft; Anfangsgründe der angewandten Mathematik; Planzeichnen; Moralisches (über die Pflichten des Menschen gegen sich und seines Gleichen, gegen Gesellschaft und Staat); über den Nutzen von Ordnung und Fleiß in allen Sachen zc.

Es genügt, wenn diese Zeilen zu einer Erörterung der vorstehenden, weitgehenden Vorschläge Veranlassung geben, wobei der Lehrplan der von Herrn Salicis als Beispiel citirten Pariser Schule in der Rue Lagnere, welche sich nach dem Zeugnis des Generaldirectors des Elementarschulwesens im Seine-Departement, des Herrn Gréard, bereits trefflich bewährt hat, als Grundlage dienen könnte. Ob die älteren Schüler auch schon für spezielle Berufe vorbereitet werden sollen, ob sie vielleicht gar, wie Dies in Le Havre bereits geschieht, durch ihre praktischen Arbeiten in der Schule etwas erwerben können, inwieweit überhaupt in der Schule dem Körper und dessen Deranbildung Aufmerksamkeit geschenkt werden soll — das Alles sind Fragen von großer Wichtigkeit und werth, eingehend erörtert zu werden. An dieser Stelle handelt es sich nur darum, darauf hinzuweisen, daß es in hohem Grade erwünscht wäre, wenn die Volksschule den jungen Menschen auch mit einigen jener unentbehrlichen Kenntnisse auszurüsten wolle, welche das praktische Leben unweigerlich verlangt.

Politische Uebersicht.

Paris, 20. November.
Es sind besonders zwei Momente, welche aus der preussischen Thronrede hervortreten. Der Passus über den Kaiser und über das Deficit im preussischen Staatshaushalt. Der erste Gedanke bei der Eröffnung des Landtags galt selbstverständlich dem schwergeprüften Monarchen. Die Thronrede erinnert an die tiefschmerzlichen

und erschütternden Ereignisse des letzten Sommers, aber sie kann zugleich die tröstliche Versicherung geben, daß das Leben des Kaisers „in fast wunderbarer Weise neu gestärkt worden“ ist. Weit über die Grenzen des preussischen Staates hinaus wird dies Wort mit aufrichtiger Freude gehört werden von dem Volke, dessen Herz, wie die Thronrede im Rückblick auf die Kundgebungen der Nation mit vollem Rechte sagen darf, in treuer Liebe und Verehrung bei seinem Kaiser ist. Diese warme Anerkennung des patriotischen Geistes, welcher sich insolge der traurigen Ereignisse allerorten betätigt hat, berührt um so wohlthuernder, als die begreifere Hingebung des Volkes in der Thronrede zur Eröffnung des Reichstags mit Stillstehen übergegangen war. — Nun aber das — Deficit! Damit stehen wir unmittelbar vor dem unheimlichen Fleck, den die Thronrede berührt, vor der Nothwendigkeit einer Verbesserung der Finanzen. In Bezug auf das Deficit in dem Etat für 1879/80 und dessen Deckung im Wege der Anleihe wird lediglich bestätigt, was bereits bekannt war. Die Auffindung des auf die Dauer bestehenden Heilmittels aber wird dem Reiche zugewiesen. Dagegen läßt sich insofern Nichts sagen, als die Steuerreform in den Einzelstaaten ohne Zweifel nur Hand in Hand mit derjenigen im Reiche durchzuführen sein wird. Aber die vorläufige Erörterung dieser Angelegenheit im Reichstage hat doch wohl zur Genüge klargestellt, daß in den Einzelstaaten, wenigstens in Preußen, die constitutionellen Vorbedingungen der Reform zu schaffen sind. Soll von dem nächsten Reichstage erstlich eine positive Leistung auf diesem Gebiete erwartet werden, so wird der preussische Landtag die Frage dieser Bedingungen zuvor gelöst haben müssen.

Die Mittheilung, daß über den genauen Zeitpunkt der Wiederübernahme der Regierung durch den Kaiser noch keine Beschlässe gefaßt seien, war in einigen Blättern dahin erörtert, es solle demnächst festgestellt werden, in welchem Umfang der Kaiser die Regierungsgeschäfte wieder übernehmen werde. Dieser Zufuß entspringt jedoch — schreibt die officielle „R. A. Z.“ — aus einer ganz unbegründeten Annahme; denn eine Theilung der Regierungsgeschäfte ist für keinen Fall in Aussicht genommen.

An der jesuitisch-demagogischen „Germania“ lesen wir:
Wie uns von zuverlässiger und gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, beruht die Nachricht von einem vom k. Vater geforderten und von dem Eril lebenden Bischofen eingereichten Memorandum über die Wiederherstellung des kirchlichen Friedens auf einem Irrthum. Von einem derartigen Memorandum ist an Stellen, die unbedingt davon Kenntnis haben müßten, nichts bekannt. Somit war der Zweifel, den wir dieser im Uebrigen nicht unwahrscheinlichen Meldung entgegensetzten, berechtigt. Wenn überhaupt die Nachricht ein Körnchen Wahrheit enthält, so liegt, wie wir bereits bemerkten, wahrscheinlich eine Verwechslung mit Berichten vor, welche die Bischöfe über die Lage ihrer Diocesen nach Rom abermittelten.

Anschließend handelt es sich hier um eine Wortklauberei. Das Wiener Correspondenzbureau veröffentlicht ein Telegramm aus Rom, welches besagt:
„Sobald der deutsche Kaiser die Staatsgeschäfte wieder übernimmt, wird der Vatican einen neuen Schritt in den Verhandlungen mit Deutschland thun. Der Papst würde sodann die Initiative ergreifen

und die dießbezüglichen Verhandlungen mit dem Kaiser einleiten.“
Es ist nicht recht verständlich, weshalb der Vatican mit dem beabsichtigten Schritte bis zur Wiederübernahme der Geschäfte durch Kaiser Wilhelm wartet, da dieselben vollständig im Sinne Sr. Majestät durch den Kronprinzen geführt werden.

Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt: „Französische Blätter bringen die Nachricht, die deutsche Regierung habe von den Samoa-Inseln Besitz genommen und beabsichtige, dieselben zu einer deutschen Colonie zu machen. Daß Deutschland die Erwerbung oder Gründung transatlantischer Colonien nicht beabsichtige, ist zu wiederholten Malen in authentischer Form erklärt worden. Was die Samoa-Angelegenheit angeht, so hat die „Nordd. Allg. Zig.“ vom 10. November eine eingehende Darlegung des Sachverhalts gebracht. Es ergibt sich daraus, daß die deutsche Regierung in den Südpacifischen Inseln keinen anderen Zweck im Auge hatte, als die vertragmäßig festgestellten Rechte Reichsangehöriger, welche sich in Samoa angesiedelt haben, und die friedliche Entwicklung des deutschen Handels zu beschützen. Die gegenwärtige Krise auf den Samoa-Inseln wird ihre natürliche Lösung dadurch finden, daß die Landesregierung sich entschließt, mit den beteiligten Staaten einen Vertrag abzuschließen, welcher denselben die Deutschlands bereits zugesagte Stellung der meistbegünstigten Nation einräumt und verbürgt.“

Aus Kiel vom 19. November kommt folgende Meldung: Auch der Contreadmiral Batsch, der Capitain zur See v. Blanc und der Corvetten-Captain Jembsch sind zur Vernehmung durch die Untersuchungskommission in der Angelegenheit des „Großer Kurfürst“ hier eingetroffen.
Der Großherzog von Hessen befindet sich in der Pension. Bei dem Erbprinzenherzog zeigte sich am Montag Abend eine kurze Fiebererscheinung, nach deren Verlauf sich etwas Besserheit und eine geringe Ausdehnung der diptherischen Membranen eingestellt. Das Befinden der Prinzessin Irene ist ein befriedigendes.

Peter Schwaloff ist noch immer der Mann des Tages. Dazu befähigt ihn seine erstaunliche Vielseitigkeit. So wird der „National-Zeitung“ aus Wien telegraphirt:
Wie verlautet, wäre Graf Schwaloff mit Rücksicht auf die künftige erhöhte Wichtigkeit der Gestaltung des ausrussischen Verhältnisses beauftragt, nach endgültiger Erfüllung seiner Mission in London den russischen Botschafterposten in Wien mindestens für einige Zeit zu übernehmen, wogegen Kovikoff nach London kommen soll.
Die in Vert von Graf Schwaloff angeregte Verhandlung über die Frage einer eventuellen Proclamation der russischen Occupation auf der Balkanhalbinsel ist keineswegs abgeschlossen; vielmehr erwartet man, daß Graf Andrassy in Auseinandersetzungen vor den Delegationen diese Frage berühren wird.

Ein anderer Paladin des Czaren hat sich nach Schwaloffs Abreise von dort nach der Heim begeben. Fürst Donduloff-Korsakoff traf in Livadia ein. Der bulgarische Generalcommissair soll neue Instruktionen empfangen und mündlichen Bericht über die Lage und Stimmung in Bulgarien erstatten. Korsakoff soll sehr überzeugt sein, daß die Vollziehung des Berliner Ver-